

FreiBrief aus Berlin

4/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Woche hat das Bundeskabinett das Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen. Damit gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu befreien. Nicht nur der Mittelstand, auch Existenzgründer und vor allem junge Unternehmer, die sich am Wirtschaftsstandort Deutschland etablieren wollen, profitieren von den geplanten Entlastungen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, unnötige Bürokratie abzubauen und den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten.

Über die Osterfeiertage nehme ich zahlreiche Termine in meinem Wahlkreis wahr. Beispielsweise ist es mir wichtig, die unmittelbaren Folgen des Mindestlohngesetzes mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern in unserer Region zu diskutieren, um aus diesen Gesprächen wichtige Impulse mit nach Berlin zu nehmen. Mitte April wird unsere Fraktion die praktischen Probleme erörtern. Anschließend werden wir mit unserem Koalitionspartner Gespräche führen und dort, wo notwendig, auch punktuell nachjustieren.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame und frohe Osterfeiertage.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	3
<i>Hospiz- und Palliativgesetz ist der richtige Schritt für eine verbesserte Versorgung der Patienten im Ländlichen Raum</i>	7
<i>Johannes Staudt unterstützt mein Berliner Abgeordnetenbüro als Praktikant</i>	7
<i>Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar</i>	8

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Bürokratiebremse für die Wirtschaft

Mit der Forderung, immer weiter für Bürokratieabbau zu sorgen und den Verwaltungsaufwand für unsere Unternehmen möglichst gering zu halten, stehe ich erfreulicherweise nicht allein. Für diese Forderung setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon seit langem geschlossen ein. In der vergangenen Sitzungswoche hat das Bundeskabinett nun endlich ein Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen. Damit gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu befreien. Von den geplanten Entlastungen werden am Ende aber auch Existenzgründer und vor allem junge Unternehmer profitieren, die sich am Wirtschaftsstandort Deutschland etablieren wollen. Bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes hat uns vor allem die Frage getrieben, wie man übermäßige Bürokratie ganz grundsätzlich abbauen kann. Die Lösung ist für uns das sogenannte „one in-one out“-Prinzip. Es bedeutet, dass für jede neue, belastende Vorschrift binnen Jahrfrist eine alte Verordnung abgeschafft werden muss. Diese Regel soll ab Juli maßgeblich den von der Wirtschaft kritisierten Anstieg der Bürokratie stoppen. Dieser Schritt war nicht zuletzt überfällig, da die Folgekosten von Gesetzen für die Bürger, die Unternehmen und auch die Verwaltung innerhalb des letzten Kalenderjahres um 9,2 Milliarden Euro gestiegen sind. Als Kostentreiber wurden vom Normenkontrollrat insbesondere Neuregelungen in Verbindung mit dem Mindestlohn und den Finanzmärkten identifiziert. Der nun vorliegende Gesetzentwurf ist für mich ein sehr wichtiger Schritt, um gerade auch die Unternehmen in unserer Wirtschaftsregion von überbordender Bürokratie zu entlasten und unnötigen Verwaltungsaufwand einzudämmen. Letztlich stärkt er die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit jedes einzelnen Unternehmens und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. In diesem Zusammenhang ist es mir ein großes Anliegen, dass wir ebenfalls alle aktuellen Vorhaben auf ihre Bürokratieauswirkungen hin abklopfen werden. Dies gilt insbesondere für die umfangreichen neuen Dokumentations- und

Aufzeichnungspflichten im Rahmen des Mindestlohngesetzes. Denn die damit zusammenhängenden Bürokratiebelastungen treffen eben nicht nur die – wenigen – schwarzen Schafe in einigen Branchen, die den Mindestlohn nicht zahlen. Sie treffen vor allem die hunderttausend mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die ihre Mitarbeiter anständig entlohnen und trotzdem mit einem umfangreichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand konfrontiert sind. Die CDU/CSU-Fraktion hat daher einstimmig einen Beschluss gefasst, wonach die Schwellenwerte für die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf 1.900 Euro abgesenkt werden sollen. Für Arbeitsverhältnisse mit geringfügig Beschäftigten soll eine Dokumentationspflicht dann nicht bestehen, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, aus dem sich der vereinbarte Stundenlohn und die Arbeitszeit eindeutig ergeben.



Bund führt Sparkurs unbeirrt fort und setzt nebenbei wichtige Impulse

Sparsamkeit und Investitionen schließen sich nicht gegenseitig aus. Dieses Mantra war uns nicht nur im Bundestagswahlkampf heilig. Auch in den vergangenen zwei Jahren großer Koalition war es einer der drei zentralen Leitgedanken unseres Handelns. Deshalb bin ich sehr erfreut, dass wir mit den von der Bundesregierung im März vorgelegten Haushaltseckpunkten für die kommenden Jahre erneut den Beweis liefern können. Wir setzen den notwendigen Konsolidierungskurs fort, so dass die schwarze Null im kommenden Jahr zum dritten Mal in Folge steht, und nutzen die wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen, um wichtige Schwerpunktvorhaben vorzunehmen. Zum einen haben wir

milliardenschwere Investitionen in den Standort Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes festgeschrieben. Zusätzliche sieben Milliarden Euro für den Breitbandausbau, für die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur und den Städtebau sprechen dafür eine deutliche Sprache. Außerdem stellen wir uns aktiv den verschiedenen Krisen, die um Europa herum unseren Frieden und unseren Wohlstand gefährden. Es liegt auf der Hand, dass Konflikte in unserer Nachbarschaft klare Gefahren für uns mit sich bringen. Ich denke da bspw. an die Herausforderungen und Kosten im Zusammenhang mit den wachsenden Flüchtlingsströmen nach Deutschland, wegbrechende Absatzmärkte oder die Gefahr von Terrorismus. Deshalb ist es richtig, dass wir den Entwicklungen vor Ort und bei uns in Deutschland aktiv begegnen. Wir erhöhen die Entwicklungshilfe bis 2018 um mehr als 8 Mrd. EUR. Der Wehretat wird in einem ähnlichen Umfang erhöht. Mit zusätzlichen Haushaltsmitteln für Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz setzen wir ein Zeichen zur Stärkung der inneren Sicherheit. Die Botschaft ist für mich ganz klar: Solides Wirtschaften und vorausschauendes Handeln sind gut miteinander vereinbar. Davon sollte sich insbesondere die grün-rote Landesregierung eine Scheibe abschneiden, denn sie hat in den vergangenen vier Jahren des Landesbudget ohne echten Mehrwert von 35 auf 45 Mrd. EUR aufgebläht. Fast 25 Prozent Mehrausgaben, ohne die wichtigen Themen für die Zukunft unseres Landes anzugehen. Die Digitalisierung wie auch die Aufwertung unserer Verkehrsinfrastruktur wurden nur stiefmütterlich angegangen. Hängen geblieben sind letztlich nur die Problemfälle wie die aufgeblähte Polizeireform, Irrungen und Wirrungen in der Bildungspolitik und bürokratische Vorschriften beim Wohnungsbau. Ein echter Masterplan sieht für mich anders aus. Deswegen schaue ich heute schon zuversichtlich auf 2016, wenn solides Haushalten in Bund und Land wieder Hand in Hand gehen.



[Donaueschinger Bürgermeister zu Gesprächen in Berlin](#)

Oberbürgermeister Erik Pauly und Bürgermeister Bernhard Kaiser haben mich jüngst zu politischen Gesprächen in Berlin besucht. Bei unserem gemeinsamen Programm standen zahlreiche Themen im Mittelpunkt, die unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunen in meinem Wahlkreis und die Stadt Donaueschingen haben. In verschiedenen Bundesministerien, dem Bundestag und beim Deutschen Städte- und Gemeindebund wurden die aktuellen Themen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Infrastruktur, dem Straßenbau, der Breitbandversorgung, der kommunalen Finanzen und der zunehmend steigenden Herausforderungen der Flüchtlingsströme in Europa diskutiert. Ein besonderer Höhepunkt der Gespräche war für meine Gäste wie für mich der Besuch beim Botschafter der Republik Türkei in Berlin, S. E. Hüseyin Avni Karlioglu, der seine prägenden Jugendjahre in Donaueschingen verbracht hat und unter anderem im Heimattagejahr 2012 Donaueschingen besucht und einen viel beachteten Vortrag im Rathausaal gehalten hat. Erik Pauly, Bernhard Kaiser und ich sprachen mit Botschafter Karlioglu nicht nur über die aktuellen Herausforderungen in Donaueschingen, sondern auch über die vielfältigen Aufgaben der Integrationspolitik.



[Blick hinter die bundespolitischen Kulissen für Werkrealschüler aus Villingen-Schwenningen](#)

Mit insgesamt 50 Schülerinnen und Schülern der Werkrealschule am Deutenberg aus Villingen-Schwenningen und ihren Klassenlehrern

Raimund Steenhorst, Tim-Michael Kuhn und Irene Müller, die im Rahmen einer Berlin-Exkursion ihre Kenntnisse über die Historie und das politische System unseres Landes vertieften, bin ich im Reichstag zu einem Gedankenaustausch zusammengetroffen. Ganz besonders habe ich mich in dem persönlichen Gespräch über das vielfältige Interesse der Schülerinnen und Schüler gefreut. Wir haben uns zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Flüchtlingspolitik ausgetauscht. Aber auch zu den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, in Griechenland sowie den Herausforderungen im Zusammenhang mit steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland zeigten sich meine Gäste sehr interessiert und diskussionsfreudig. Den Besuch im Bundestag rundete für die Schüler ein Vortrag im Plenarsaal über die Arbeit der Abgeordneten und zur Gesetzgebung im Allgemeinen sowie ein ausgiebiger Kuppelbesuch ab.



Aktuelles aus dem Wahlkreis

Bürgerdialog „Fluglärm und Infrastruktur“ der CDU Südbaden

In Waldshut-Tiengen fand vor wenigen Wochen ein Bürgerdialog zu den Themen Fluglärm und Infrastruktur mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt statt. Der Minister und wir südbadische Abgeordnete sind uns einig: Es wird zu keinem Ratifizierungsverfahren des Fluglärm-Staatsvertrages kommen, solange die strittigen Punkte mit der Schweiz nicht geklärt sind. Hinsichtlich des Antrags der Schweiz auf ein entflochtenes Ostkonzept - in Wahrheit ein Nordanflugkonzept II - sicherte der Minister zu, dass er eine Verschlechterung der Situation für unseren Raum nicht zulassen würde. Mit Blick auf unsere Region habe ich vor allem für einen vierspurigen Ausbau der B 27 sowie den Lückenschluss

B 523 und B 33 im Norden Villingen-Schwenningens geworben. Hier bleiben die Entwicklungen und Fortschritte im Bundesverkehrsweplan abzuwarten. Wir bleiben dran!



Investition in die Zukunft – Fachtag für sozialpädagogische Fachkräfte der Elementarpädagogik

Die Stiftung Lernen-Fördern-Arbeiten und ihr Institut für Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB) luden mich zu Ihrem Fachtag für sozialpädagogische Fachkräfte aus dem Bereich der Elementarpädagogik in die Neue Tonhalle nach Villingen ein. Für mich ist eine Investition in das Fachpersonal, in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine Investition in die Zukunft. Deshalb war mir wichtig, den anwesenden Erzieherinnen und Erziehern meinen Dank auszusprechen und deutlich zu machen, wie wichtig ihre Arbeit ist. In den ersten sechs Jahren wird die Grundlage für ein erfolgreiches und erfülltes Leben gelegt. Deshalb eröffnet frühkindliche Bildung Bildungschancen, ermöglicht eine erfolgreiche Bildungsbiografie und schafft eine Kultur des Aufwachsens, in der sich alle Kinder in Baden-Württemberg geborgen fühlen und unbeschwert entwickeln können. Anschließend gab ich einen kurzen Überblick über die Projekte und Forschungsvorhaben des Bundes, die Kindertagesstätten und das pädagogische Personal auf die Zukunft vorbereiten, wie zum Beispiel die inzwischen größte Frühbildungsinitiative Deutschlands, "Haus der kleinen Forscher", für mich ein Leuchtturm der Bildungspolitik. Des Weiteren erinnerte ich an den Ausbau der Sprachförderung im Rahmen der Initiative "Offensive Frühe Chancen" und die Fortführung bzw. Ausweitung der "Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte" mit dem Ziel, die

Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften kontinuierlich zu verbessern. Um das aktuell hohe Niveau der frühkindlichen Bildung in Deutschland zu halten, müssen wir allerdings Gutes weiterentwickeln, um es noch besser zu machen, denn am Ende steht immer das Kind im Mittelpunkt. Die flächendeckende Versorgung mit individuellen und zukunftsorientierten, dabei aber auch hochwertigen und familienfreundlichen Angeboten der Früherziehung und der Kinderbetreuung ist ein zentrales Ziel der Bundesregierung, denn Investitionen in Bildung sind heute Standortfaktoren und Ausdruck von Zukunftsfähigkeit.



[IHK-Gespräch zu Mindestlohn, Arbeitsstättenverordnung und Erbschaftssteuerreform](#)

Die IHK-Schwarzwald-Baar-Heuberg hatte mich eingeladen, mit Vertretern mittelständischer Unternehmen über die Themen Erbschaftssteuerreform, Mindestlohn und Arbeitsstättenverordnung zu sprechen. Diese Informationen aus erster Hand sind mir besonders wichtig. Durch das Gespräch hatte ich die Möglichkeit am Zahn der Zeit zu bleiben und durchaus kritische Rückmeldungen zur aktuellen Politik zu erhalten. Denn der aktuelle Wohlstand Deutschlands wird nicht theoretisch in Berlin erwirtschaftet, sondern praktisch in den vielen mittelständischen, familiengeführten Unternehmen. Anhand einiger Beispiele waren wir uns einig, dass die vorgesehenen Änderungen bei der Erbschaftssteuer eine Gefahr für den Mittelstand darstellen und weit über das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Maß hinausgehen. Aus meiner Sicht ist es für die mittelständischen Unternehmen ohnehin schon oft genug sehr schwierig einen geeigneten

Nachfolger für die erfolgreichen Unternehmenslenker zu finden. Damit besteht gleichzeitig die Gefahr, dass Unternehmen abwandern oder eben Arbeitsplätze verloren gehen. Diese Steuererhöhung durch die Hintertür wäre für unsere mittelstandsgeprägte Wirtschaftsregion Schwarzwald-Baar-Heuberg jedenfalls fatal. Deshalb müssen bei der geplanten Bedürfnisprüfung drei wesentliche Aspekte noch einmal überdacht werden. Erstens eine Steuerfreigrenze von 100 Mio. Euro, wie sie das Bundesverfassungsgericht vorgeschlagen hatte, zweitens die Überprüfung der privaten Rückgewähr, denn der angedachte Rückgriff auf das Privatvermögen der Erben widerspricht jeglicher Gleichbehandlung und drittens werde ich mich für eine Konkretisierung des betriebsnotwendigen Vermögens einsetzen. Bei den Themen Mindestlohn und Arbeitsstättenverordnung kristallisierte sich außerdem sehr schnell das Problem der zunehmenden Bürokratie heraus. Angesichts aktueller Dokumentationspflichten, Haftungsregelungen und Durchführungsverordnungen muss der Koalitionsausschuss dringend Leitplanken für den Kontrollwahn der SPD aufstellen. Ich setze große Hoffnungen auf die Evaluation des Mindestlohngesetzes und der dazugehörigen Durchführungsverordnung, damit sich diese endlich wieder an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren.



[Kartellverfahren zur Holzvermarktung in Baden-Württemberg Thema in Gutach](#)

Aus aktuellem Anlass und aufgrund der auf absehbare Zeit bestehenden Unklarheit über die künftigen Forststrukturen in Baden-Württemberg war ich in Gutach, um mir vor Ort bei betroffenen Privatwaldbesitzern und dem örtlichen Förster ein Bild zu machen. Mir ist klar,

dass viele private und kommunale Waldbesitzer, Naturschützer und auch Förster in Baden-Württemberg das Kartellverfahren zur Holzvermarktung mit Sorge begleiten. Vom Bundeskartellamt war beanstandet worden, dass das Land Baden-Württemberg neben dem Holz aus dem Staatswald auch Holz aus dem Kommunal- und Privatwald vermarktete und damit eine marktbeherrschende Stellung eingenommen habe. Daraufhin hatte sich die Landesregierung im vergangenen November 2014 mit einer Verpflichtungszusage bereit erklärt, die baden-württembergische Forstverwaltung umzustrukturieren und den Staatswald auszugliedern. Diese Zusage hatte das Land Baden-Württemberg Ende Januar 2015 zurückgezogen, da das Bundeskartellamt nunmehr die Verpflichtungszusage einseitig noch enger auslegte. Hätte sich das Land den Forderungen des Kartellamts unterworfen, hätte dies das Ende des baden-württembergischen Einheitsforstamts zur Folge gehabt. Nun aber ist der Zustand der Rechtsunsicherheit erst einmal auf unbestimmte Zeit zementiert. Von Seiten des Bundeskartellamts droht eine einstweilige Verfügung, der das Land wohl mit einer Klage begegnen würde. Aus meiner Sicht ist die Situation für alle Seiten mehr als unbefriedigend. Das Forstsystem in Baden-Württemberg ist einzigartig und höchst effektiv. Gleichzeitig ist die Sozial-, Naherholungs- und Tourismusfunktion eines funktionierenden Ökosystems Wald nicht zu unterschätzen. Um eine mittel- bis langfristige Lösung der Problematik zu erreichen, muss das Bundeswaldgesetz geändert und damit forstwirtschaftliche Dienstleistungen, die der eigentlichen Holzvermarktung vorgelagert sind, vom Kartellrecht ausgenommen werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft aktuell erarbeitet. Insbesondere der Waldbau sowie die Markierung, Ernte und Bereitstellung des Rohholzes dürfen für mich nicht mehr nach Kartellrecht bewertet werden. Aus meiner Sicht profitieren besonders die Privat- und Kleinprivatwaldbesitzer von einer Änderung des Waldgesetzes, da die Forstämter bei vielen ihrer wichtigen Aufgaben nicht mehr dem Kartellrecht unterliegen und ihre Dienstleistungen wie bisher in allen Waldbesitzarten anbieten können. Durch

die intensive Betreuung des Privat- und Kleinprivatwaldes leisten die Forstämter einen wichtigen Beitrag zur Holzmobilisierung und zu einer flächendeckenden Waldbewirtschaftung. Deshalb ist die Änderung des Bundeswaldgesetzes ein wichtiger Schritt, diese bewährten Strukturen in Baden-Württemberg zu erhalten. Trotzdem soll es allen Waldbesitzern selbstverständlich weiterhin unbenommen bleiben, private Anbieter mit Beratung und Forstarbeiten zu beauftragen. Ich hoffe, dass die parlamentarischen Beratungen bis zum Frühsommer abgeschlossen sind, damit das Ziel einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung auch weiterhin konsequent verfolgt werden kann.



[Informationsbesuch beim Jägerbataillon 292 in Donaueschingen](#)

Als Berichterstatter für den Kosovo in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informierte ich mich in der Fürstenberg-Kaserne Donaueschingen bei einem Gespräch mit Oberstleutnant Alexander Stühmer, Kommandeur des Jägerbataillons 292, und einigen gerade aus dem Kosovo zurückgekehrten Soldaten sämtlicher Dienstgrade über die aktuelle Lage in dem kleinen Westbalkan-Land. Seit nunmehr fünfzehn Jahren hat die Kosovo Force (KFOR) mit aktuell rund 4.900 Soldaten aus gut 30 Ländern und unter deutscher Führung den Auftrag der Vereinten Nationen, den Aufbau, rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen sowie das friedliche Miteinander der verschiedenen Ethnien militärisch abzusichern. Sie leistet damit einen wichtigen sicherheitspolitischen Beitrag zur Stabilisierung der Region. Mir waren vor allem die subjektiven, unverblühten Eindrücke der Soldaten wichtig. In meiner Tätigkeit im Auswärtigen

Ausschuss und als Obmann im Unterausschuss Zivile Krisenprävention ist es wichtig, die Bedürfnisse vor Ort einschätzen zu können. Wir sprachen über das aktuelle Gefahrenpotential im Kosovo, mögliche Optimierungsmaßnahmen des Einsatzes und erörterten auch die aktuellen politischen Diskussionen. Ich gab den anwesenden Soldaten einen umfassenden Überblick über das Bundeswehr-Attraktivitätssteigerungsgesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Zeiten des demografischen Wandels muss die Bundeswehr als moderner, familienfreundlicher und attraktiver Arbeitgeber positioniert werden, so dass im Wettbewerb mit der Wirtschaft genügend gut qualifizierte Soldaten gewonnen werden können. Insgesamt sind bis 2018 Mehraufwendungen von etwa 1 Mrd. EUR nötig, um die drei Kernbereiche der Reform - Arbeitsbedingungen, Vergütung und soziale Absicherung - zu realisieren. Besonders das Vorhaben, die Soldaten in Ihrer Laufbahn längerfristig an ihren Standorten zu belassen und damit seltener zu versetzen, wurde von den anwesenden Soldaten sehr positiv bewertet.



[Unternehmensbesuch Karl Uhl GmbH & Co. KG Kies und Beton in Hausach](#)

Als Mitglied im Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mir der Kontakt zu den familiengeführten mittelständischen Unternehmen ein besonderes Anliegen. Ich möchte dafür sorgen, dass Deutschland im Allgemeinen und unsere Wirtschaftsregion im Besonderen als attraktive Unternehmensstandorte

wahrgenommen werden, der Wettbewerb gestärkt wird, ein freier Marktzugang möglich ist, Steuern und Abgaben nicht weiter steigen und der Bürokratieabbau weiter vorangetrieben wird. Im Gespräch mit Richard Uhl und seiner Tochter Meike Beck-Uhl, beide führen zusammen das inhabergeführte Familienunternehmen, wurde deutlich, dass die funktionierende und prosperierende, mittelständisch geprägte Wirtschaft ein Alleinstellungsmerkmale der Region und speziell des Wahlkreises Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal ist. Deshalb ist es mir wichtig dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die inhabergeführten Unternehmen als Jobmotoren und Ausbilder der Nation auch in den kommenden Jahren hervorragend bleiben. Ich ging ganz speziell auf die für die Unternehmen der Region wichtigen Themen Infrastruktur, Bürokratieabbau und die Erbschaftssteuerreform ein. Von den angesprochenen Themenkomplexen kristallisierte sich sehr schnell das Nadelöhr der B33-Ortsdurchfahrt in Haslach als großes Problem der Firma Uhl im Bereich der betriebsnotwendigen Verkehrsinfrastruktur heraus. Daraus erwachsen dem Unternehmen mit etwa 150, überwiegend langjährigen Mitarbeitern und einem Fuhrpark von 70 unterschiedlichen Fahrzeugen an 19 Standorten im Moment jährliche Belastungen, die etwa im Bereich von 100.000 € liegen, machte Richard Uhl die wirtschaftliche Tragweite der dringend benötigten Ortsumgehung deutlich. Angesichts der laufenden Priorisierung zum Bundesverkehrswegeplan 2015 braucht man den echten Willen, eine Lösung zu vernünftigen Konditionen zu finden. Hier stehe ich diesbezüglich in engem Kontakt mit den zuständigen Entscheidungsträgern in Bund und Land.



Arbeitsgespräch bei Bürgermeister Thomas Geppert im Rathaus Wolfach

Vor ziemlich genau einem Jahr habe ich meinen Antrittsbesuch als neuer, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal beim damaligen Wolfacher Bürgermeister Gottfried Moser absolviert. Nun war es mir genauso wichtig, auch dessen Nachfolger im wunderschönen Rathaus von Wolfach, Bürgermeister Thomas Geppert, persönlich kennen zu lernen und aktuelle Themen der Raumschaft zu erörtern. In einem kurzen Vorgespräch gab mir Herr Geppert einen ersten Überblick über die aktuellen Themen im Ort und ich betonte im anschließenden Pressegespräch die hervorragend ausgeprägte interkommunale Zusammenarbeit in der Schulpolitik mit der Stadt Hausach, mit dem Nachbarort Gutach bei einem größeren Projekt im Bereich der erneuerbaren Energie und das Voranschreiten der Realisierung des Kinzigtalbades durch die Gründung eines interkommunalen Zweckverbandes. Trotzdem war ich mir mit den eingeladenen Fraktionssprechern des Gemeinderates einig, dass es darum geht, als Stadt bestmöglich die eigenen Interessen zu verfolgen. Die zwischen der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen im Bundestag erzielte Vereinbarung über die Verteilung der Mittel aus dem nationalen Investitionsprogramm setzt für mich erneut ein deutliches Signal zur Unterstützung der Kommunen. Nach den milliardenschweren Zusagen aus dem Koalitionsvertrag fließt nun auch die Hälfte der Mittel des nationalen Investitionsprogramms in die Kommunen. Mit zusätzlichen 10 Mrd. EUR wird in den Jahren 2016 bis 2018 hauptsächlich im Bereich Infrastruktur der bestehende Investitionsstau beseitigt werden. Besonders relevant ist dabei die zwischen allen Beteiligten vereinbarte Art und Weise der Mittelzuweisung, denn die Kommunen sind die Ebene in Deutschland, die die Mittel am schnellsten, effektivsten und zielgenauesten einsetzen. Im Investitionsplan der Bundesregierung sind 1,5 der zugesagten 5 Mrd. EUR ab 2017 direkt zur Stärkung der kommunalen Investitionen vor Ort vorgesehen und die restlichen 3,5 Mrd. EUR werden in ein Sondervermögen zur Unterstützung und Absicherung

bedürftiger, finanzschwacher Kommunen verwendet. Ein großes Thema war angesichts der Verdopplung der Flüchtlingszahlen von 130.000 im Jahre 2013 auf mehr als 240.000 dann 2014, die Flüchtlings- und Asylsituation vor Ort und im gesamten Oberen Kinzigtal. Daher brauchen die Kommunen Unterstützung. Der Bund überlässt den Kommunen eigene Gebäude mietfrei und übernimmt obendrein die vollständigen Impfkosten. Beide Punkte entsprechen einer schnellen und unbürokratischen Soforthilfe in Höhe von 35 Mio. EUR. Zusätzlich werden vom Bund zweimal 500 Mio. EUR zur Verfügung gestellt.



Hospiz- und Palliativgesetz ist der richtige Schritt für eine verbesserte Versorgung der Patienten im Ländlichen Raum

In einer alternden Gesellschaft gibt es immer mehr Menschen, die am Ende ihres Lebens mit schweren Erkrankungen zu kämpfen haben. Die Nachfrage nach Hospizplätzen steigt beispielsweise stetig an. Dennoch sind die palliativmedizinischen Angebote unterfinanziert und vor allem im ländlichen Raum in viel zu geringer Zahl vorhanden. Der nun vom Bundesgesundheitsminister eingebrachte Entwurf wird dafür sorgen, Qualität, Zahl und Erreichbarkeit der palliativmedizinischen Angebote zu erhöhen. Dies soll durch eine bessere finanzielle Ausstattung in Form von weitergehenden Ansprüchen der Hospize und entsprechenden Einrichtungen innerhalb von Kliniken und Pflegeheimen realisiert werden. [Hier](#) können Sie meine Pressemitteilung nachlesen.

Johannes Staudt unterstützt mein Berliner Abgeordnetenbüro als Praktikant

Seit dem 2. März 2015 verstärkt Johannes Staudt das Team meines Abgeordnetenbüros in Berlin als Praktikant. Der 21-jährige Student der Geschichte und Volkswirtschaftslehre aus Villingen-Schwenningen wird noch bis 10. April die

Möglichkeit haben, den parlamentarischen Betrieb und die Aufgaben und Arbeitsweisen eines wissenschaftlichen Mitarbeiters kennen zu lernen.



Zu den Tätigkeitsbereichen des frisch gewählten JU-Vorsitzenden im Schwarzwald-Baar-Kreis gehören daher unter anderem die Auswertung wissenschaftlicher Gutachten und die konzeptionelle Vorbereitung von Gremiensitzungen, Gesprächen und anderen Terminen. Darüber hinaus ist natürlich die Kommunikation mit den Bürgern einer der wichtigsten Aspekte der Abgeordnetentätigkeit, weshalb Johannes Staudt ebenso Pressemitteilungen, Reden und Antwortbriefe entwirft und die notwendigen Rechercharbeiten durchführt. Zu den täglichen Arbeiten gehört außerdem die Auswertung der medialen Berichterstattung. Auch für uns als Abgeordnetenbüro ist es immer wieder interessant, frischen Wind und neue Perspektiven durch die Praktikanten mitzubekommen. Auf der anderen Seite kann unser Praktikant bei uns nicht nur sein Wissen und sein wissenschaftliches Handwerkzeug vertiefen, sondern lernt darüber hinaus die politische Arbeit kennen. Zusätzlich zu seinen beruflichen und politischen Erfahrungen bietet sich für ihn im Zuge des Praktikantenprogramms unserer Fraktion die Möglichkeit, mit hochrangigen Politikern, wie beispielsweise dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, ins Gespräch zu

kommen und das historische und politische Berlin in seinem ganzen Facettenreichtum kennen zu lernen. Den Praktikumsbericht von Herrn Staudt können Sie in Kürze auf meiner Homepage nachlesen. Für seinen beruflichen und privaten Werdegang wünsche ich Herrn Staudt alles erdenklich Gute.

Kreisparteitag der CDU Schwarzwald-Baar

Der CDU Kreisverband Schwarzwald-Baar führte in Furtwangen seinen Kreisparteitag durch. In meinem Bericht gab ich den Parteimitgliedern und Gästen einen breiten Überblick über aktuelle Geschehnisse in der Welt, die politischen Aktivitäten in Berlin, die Themen des Landes und die wichtigen Herausforderungen vor Ort. Besonders habe ich mich über die überzeugende Wiederwahl unseres Kreisvorsitzenden und Europaabgeordneten Andreas Schwab gefreut. Mit ihm und dem neu gewählten Kreisvorstand werde ich auch weiterhin hervorragend zusammenarbeiten. Den Bericht zu meiner Rede erhalten Sie [hier](#).



Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU